

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Schierholz und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 27

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4170, 10/4180 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen aufzulösen.

Bonn, den 22. November 1985

Dr. Schierholz

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) ist ein Relikt des Kalten Krieges und Ausdruck für die Politik der Bundesregierung, auch für die Bürger(innen) der DDR mitentscheiden zu wollen. 36 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten stellt die Auffassung, daß die DDR ein „innerdeutsches“ Gebiet sei, einen gefährlichen Anachronismus dar.

Das BMB, als Symbol für den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland, steht der Entwicklung weitergehender Beziehungen im deutsch-deutschen Verhältnis entgegen. Nachhaltige Verbesserungen zwischen den Menschen in beiden Staaten werden nur erreichbar sein, wenn beide Seiten auf zwischenstaatlicher Ebene die Gleichberechtigung des jeweils anderen ohne Vorbehalte und nach völkerrechtlichen Grundsätzen akzeptieren.

Faktisch wird die Deutschlandpolitik ohnehin vom Bundeskanzleramt bestimmt und wahrgenommen. Die Institution des Ministeriums gleicht daher einem ärgerlichen und teuren Wasserkopf.

Mit der Auflösung des BMB würden die Kosten für den Minister und den Parlamentarischen Staatssekretär eingespart. Die bestehenden Abteilungen des Ministeriums sollen in das Auswärtige Amt und andere Ressorts verlagert werden.

